

 Bundeskanzleramt

 Bundesministerium
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Geschäftszahl:

BKA: 2023-0.004.651

BMBWF: 2023-0.279.132

BMKÖS: 2023-0.335.444

BMSGPK: 2023-0.335.976

57a/1

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken: Einrichtung eines Aufarbeitungsprozesses

Mit der COVID-19-Pandemie musste sich Österreich einer der größten gesundheitlichen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der jüngeren Geschichte stellen. Die für die Bewältigung dieser Ausnahmesituation erforderlichen Maßnahmen haben in Teilen der Bevölkerung zu Verunsicherung und einer spürbaren Polarisierung geführt.

Maßnahmenbefürworterinnen und – befürworter sowie Maßnahmegegnerinnen und -gegner standen sich bei einschneidenden Maßnahmen wie Ausgangsbeschränkungen und Impf- oder Maskenpflicht teilweise unversöhnlich gegenüber.

Österreich hat die COVID-19- Pandemie gut gemeistert. Mittlerweile hat sich die Dynamik der Pandemie stark verringert und können die noch bestehenden Einschränkungen abgeschafft werden als auch in das Regelgesundheitswesen überführt werden. Dennoch sind teilweise weiterhin Polarisierungen in der Gesellschaft spürbar.

Die Ereignisse der letzten drei Jahre erfordern eine Aufarbeitung, um einerseits Lehren für künftige Krisensituationen ziehen zu können und andererseits mehr Verständnis zwischen verschiedenen Gruppen zu schaffen. Die Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts liegt im unbedingten Interesse der Bundesregierung und ist im Hinblick auf die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen von größter Bedeutung. Dazu plant die Bundesregierung einen Prozess, der auf einem Konzept der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) basiert:

Eine sozialwissenschaftliche Analyse in Form von vier Fallstudien soll Themengebiete wie die Polarisierung der Gesellschaft, politische Zielkonflikte, öffentliche Kommunikation und Politikberatung während der Pandemie sowie den Zugang zur Wissenschaft in der Bevölkerung untersuchen. Diese Analyse soll von der ÖAW aufgesetzt, betreut und durchgeführt werden und erfolgt in Vertiefung der Forschung zu „Auseinandersetzung mit Pandemien und deren Folgen“ im Rahmen der Leistungsvereinbarung zwischen BMBWF und ÖAW.

Die Zwischenergebnisse sollen daran anschließend in einem weiteren Schritt im Rahmen von Fokusgruppen gemeinsam mit der Bevölkerung weiterbearbeitet werden. Dieser Prozessschritt wird durch die ÖAW wissenschaftlich begleitet. Es soll dabei die Möglichkeit geboten werden, die einschneidenden Erlebnisse während der Pandemie aufzuarbeiten, sich darüber auszutauschen sowie die eigenen Erfahrungen und daraus resultierende Anregungen für ein zukünftiges gesamtstaatliches Krisenmanagement mitgeben zu können.

Die ÖAW wird anhand der Ergebnisse, des von ihr durchgeführten Analyseprozesses sowie der wesentlichen Erkenntnisse aus der durch sie wissenschaftlich begleiteten Fokusgruppen, einen Bericht erstellen und diesen veröffentlichen. Die Empfehlungen aus diesem Bericht können Chancen für einen Umgang mit künftigen Krisen aufzeigen und einen Beitrag leisten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder zu stärken.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

26. April 2023

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin
Polaschek
Bundesminister

Johannes Rauch
Bundesminister